



ATLANTIK-BRÜCKE

DIE ATLANTIK-BRÜCKE-UMFRAGE 2017

Die amerikanische Herausforderung: Geopolitische Chancen und Risiken

VON BURKHARD SCHWENKER UND TORSTEN OLTMANN

DEZEMBER 2017

Die amerikanische Herausforderung: Geopolitische Chancen und Risiken

Zum ersten Mal seit Bestehen der Atlantik-Brücke sind es die USA selbst, die zur Quelle von Ungewissheit und Instabilität geworden sind. Allen neuen Risiken voran steht die Präsidentschaft Donald Trumps – und damit eine noch nie dagewesene Unberechenbarkeit des wichtigsten Bündnispartners, der das globale politische, militärische und ökonomische Ordnungsgeflecht seit 70 Jahren (mit-)geschaffen und maßgeblich gestützt hat. Gleichzeitig zeigen die Schnellschüsse einiger Meinungsmacher, die nahelegen, jetzt auf ganz andere Partner anstelle der USA zu setzen, wie notwendig eine nüchterne sicherheits- und außenpolitische Debatte ist.

Zum ersten Mal seit Bestehen der Atlantik-Brücke sind es die USA selbst, die zur Quelle von Ungewissheit und Instabilität geworden sind.

Aber auch andere geopolitische Risiken sind seit der letzten Atlantik-Brücke-Umfrage neu hinzugekommen oder haben sich verstärkt: Die steigende Wahrscheinlichkeit eines „harten“ Brexit; die europaweit immer virulenteren nationalistischen und identitären Bewegungen (zuletzt in Katalonien); das Zerwürfnis mit der Türkei und damit eine neue Komplexität des Gefahrenherds, der sich von Europas südöstlicher Grenze bis zum Nahen und Mittleren Osten zieht. Der Atomkonflikt mit Nordkorea war bereits eines der Themen auf der „Landkarte“ – denn sowohl die Instabilität Ostasiens wie auch die wachsende Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen zählten für unser Panel bereits in den letzten Jahren zu den gefährlichsten Hotspots.

Abbildung 1 zeigt die 17 größten geopolitischen Risiken, die unser Panel kurz- und mittelfristig sieht. Kein ermutigendes Bild, auch nicht im Vergleich zu den Ergebnissen unserer letztjährigen Befragung:

- Das Risikoniveau ist noch einmal signifikant gestiegen; selbst das letztplatzierte (17.) Risiko wird noch von 52% unserer Teilnehmer als Bedrohungs-

DIE GEOPOLITISCHEN HOTSPOTS 2017

Seitdem wir im Sommer 2014 zum ersten Mal unsere „Landkarten geopolitischer Chancen und Risiken“ veröffentlicht haben, befragen wir die Mitglieder und Young Leader der Atlantik-Brücke regelmäßig zu ihrer Einschätzung außen- und sicherheitspolitischer Entwicklungen. Es geht uns darum, das geopolitische Wissen, die Erfahrungen und die Vernetzung unserer Mitglieder herauszufordern, um daraus „Landkarten“ (oder Szenarien) zu entwickeln, die unseren außen- und sicherheitspolitischen Diskurs schärfen. Mit Erfolg, denn die Krise mit Russland oder der Kampf um die regionale Vormachtstellung in Nahost standen früher auf unserer Agenda als bei vielen anderen.

Der Erfolg unser „Landkarten“ hängt vor allem damit zusammen, dass wir viele Mitglieder und Young-Leader bewegen konnten, sich in unsere Umfragen einzubringen; seit dem Start zählt unsere Panel mehr als 1.000 Teilnehmer, darunter viele Entscheidungsträger aus Wirtschaft (60%), Politik (20%) und Medien/Kultur (20%). Auch für die diesjährige Umfrage konnten wir wieder rund 200 Mitglieder und Young Leader überzeugen, sich unserem umfangreichen Fragenkatalog zu stellen. Die Umfrage erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität, liefert jedoch ein aufschlussreiches Meinungsbild aus dem transatlantischen Netzwerk der Atlantik-Brücke und lässt durch den Vergleich zu den „Landkarten“ der Vorjahre zugleich Trend-Entwicklungen sichtbar werden.

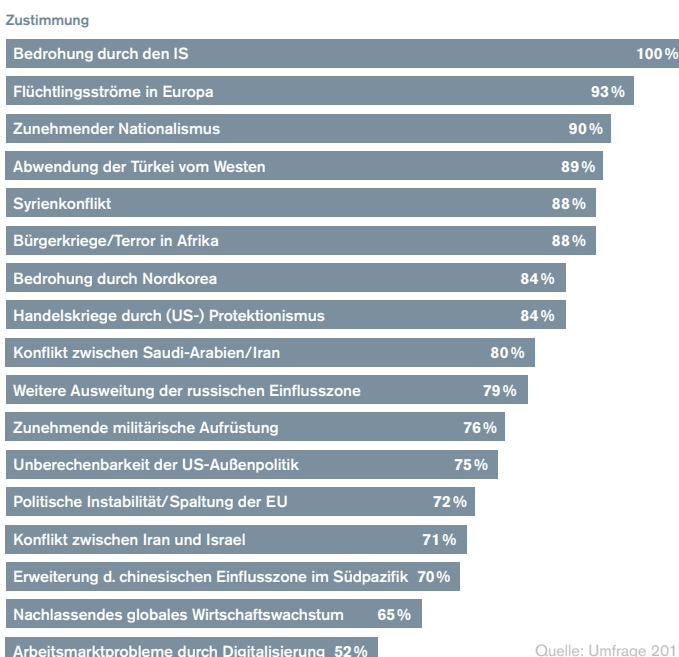
Für unsere diesjährige Umfrage wollten wir wissen, was sich im Vergleich zu früheren Umfragen verändert hat, worauf wir uns einstellen sollten und wo – als Kernanliegen der Atlantik-Brücke – ein transatlantisches Vorgehen notwendig ist.

faktor gesehen – im Vergleich zu 36% in 2016.

- Die ersten zehn größten Risiken sind von fast 80% oder mehr der Teilnehmer genannt worden und lassen sich hinsichtlich ihrer Bedrohlichkeit kaum unterscheiden – und sind in vielen Fällen auch noch interdependent.
- Während eine Reihe von Gefahrenherden ihre hohe Risikoposition gehalten hat, sind mit der Unberechenbarkeit der US-Außenpolitik, der Gefahr von Handelskriegen oder auch dem zunehmenden Nationalismus neue Risiken hinzugekommen – und verdichten das Risikoprofil weiter.

Unsere Landkarten zeigen damit das Bild einer immer ungewisseren Welt mit vielschichtigen Herausforderungen, immer neuen und unerwarteten Akteuren und einer Vielzahl von Gefahrenherden. Fast jede dieser Entwicklungen allein hat das Potential, unsere geopolitische Landkarte zu verändern – zusammen führen sie dazu, dass die Welt immer bedrohlicher erscheint. Wenn unsere Befragung überhaupt einen Lichtblick enthält, dann diesen: 85% der Teilnehmer sehen in den Herausforderungen durch den Brexit oder die Präsidentschaft Donald Trumps auch eine Chance zur Erneuerung der EU. Allerdings nicht durch ein „weiter so“, sondern durch einen bewussten Neustart. Dazu später mehr.

Abb. 1
Die TOP 17 geopolitischen Risiken 2017
(kurz- und mittelfristig, gewichtet)



Quelle: Umfrage 2017

WAS KURZ-, WAS MITTELFRISTIG GEFÄHRLICH IST

Um aus den geopolitischen „Hotspots“ denkbare Entwicklungslinien und Szenarien abzuleiten, haben wir die Panel-Teilnehmer danach gefragt, welche der potentiellen geopolitischen Entwicklungen kurzfristig sehr gefährlich, gefährlich oder auch weniger gefährlich sind, und wie die mittelfristige Perspektive dazu bewertet wird. Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse im Überblick: Unser aktuelles Krisenportfolio 2017.

Gab es 2016 bereits eine wachsende Anzahl von Krisenherden, ist das Risikoniveau, wie oben erläutert, aktuell noch einmal gestiegen. Im Unterschied zu 2016 werden nun alle Konfliktherde als „kurz- und/oder mittelfristig gefährlich“ oder sogar „sehr gefährlich“ eingestuft. Deutlich wird aber auch, dass die einzelnen Risiken ganz erheblich danach differieren, wie sie zeitlich wirken – unsere „Landkarten“ sind in Bewegung. Hier die wichtigsten Ergebnisse:

- Kurzfristig am bedrohlichsten werden, wie auch 2016, der IS-Terror und der Konflikt um Syrien eingeschätzt.
- Neu ist, dass die erkennbare Abwendung der Türkei vom Westen sowie die Lage in und um Nordkorea ebenfalls als kurzfristig sehr gefährlich eingestuft werden.
- Optimistisch stimmt, dass diese vier Krisenherde mittelfristig als „weniger gefährlich“ gesehen werden; mit anderen Worten: als für lösbar gehalten werden.
- Neu hinzugekommen (mittelfristig sehr gefährlich) sind die Risiken, die im Zusammenhang mit der neuen US-Regierung gesehen werden, vor allem die Unberechenbarkeit der US-Außenpolitik sowie der Gefahr potentieller Handelskriege.
- Als kurz- und mittelfristig gefährlich gelten auch der zunehmende Nationalismus, eine mögliche Ausweitung der russischen Einflusszone sowie der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran.
- Dazu gehört auch ein Wiederaufflammen der Flüchtlingsströme nach Europa, auch angesichts des Konfliktes mit der Türkei; die Hoffnung von 2016, dass sich diese Risiken schnell reduzieren ließen, hat sich nicht erfüllt.
- Die größten mittelfristigen Risiken werden vor

allem in der politischen Instabilität und der Führungsschwäche der EU sowie einem weiteren politischen Zerfall in (Nord-) Afrika gesehen.

Als Ergebnis zeichnet unser Krisenportfolio damit das Bild einer ungewissen Welt mit einer Vielzahl von Gefahrenherden. Anders gesagt: Der Trend zur geopolitischen Volatilität setzt sich auch 2017 ungebrochen fort. Dass aufgrund der gut laufenden Konjunktur Risiken, die aus einem abnehmenden Wirtschaftswachstum oder möglichen Verwerfungen auf den Arbeitsmärkten durch Digitalisierung resultieren, kurzfristig als weniger dramatisch gesehen werden, ist vor diesem Hintergrund nur wenig tröstlich; 2016 wurden hier deutlich höhere Risiken erwartet.

Deutlich wird mit dieser Aufzählung auch, dass die Risiken durch eine unberechenbar gewordenen US-Regierung nicht nur direkt wirken (wie z.B. in der Handelspolitik), sondern vielfältige Implikationen

haben. Denn sowohl die kurzfristig größten Risiken (IS-Terror, Syrienkonflikt, Nordkorea, Türkei) wie auch insgesamt 12 der 17 aus Sicht der Befragten größten Gefahrenherde erfordern – so die deutliche Mehrheit unseres Panels – ein abgestimmtes transatlantisches Vorgehen. Das unterstreicht die Bedeutung der Arbeitsfähigkeit im Verhältnis zu den USA, vor allem bei den kurzfristig virulenten Hotspots.

HERAUSFORDERUNG USA: WIE BEWERTET DAS PANEL DIE POLITIK DONALD TRUMPS?

Um die ersten Einschätzungen zur neuen US-Regierung weiter zu verdichten, haben wir unser Panel eine Reihe von konkreten Szenarien und Handlungsoptionen zur US-Politik bewerten lassen. Wir wollten wissen, wie der außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Kurs gesehen wird, ob er überhaupt schon erkennbar ist und welche Risiken sich daraus für

Abb. 2
Das Krisenportfolio 2017: Die größten kurz- und mittelfristigen Gefahren
 Unterstreichung: Wo transatlantisches Vorgehen helfen kann (Top 10)

KURZFRISTIG	sehr gefährlich	<ul style="list-style-type: none"> – <u>Bedrohung durch den IS</u> – <u>Syrienkonflikt</u> – <u>Bedrohung durch Nordkorea</u> – <u>Abwendung der Türkei vom Westen</u> – Unberechenbarkeit der US-Außenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> – Zunehmender Nationalismus 	
	gefährlich		<ul style="list-style-type: none"> – <u>Konflikt zwischen Saudi-Arabien/Iran</u> – <u>Weitere Ausweitung der russischen Einflusszone</u> – Flüchtlingsströme in Europa 	<ul style="list-style-type: none"> – Politische Instabilität/Spaltung der EU – <u>Konflikt zwischen Iran und Israel</u> – <u>Bürgerkriege/Terror in Afrika</u> – Handelskriege durch (US-) Protektionismus
	weniger gefährlich		<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitsmarktprobleme durch Digitalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> – <u>Nachlassendes globales Wirtschaftswachstum</u> – <u>Zunehmende militärische Aufrüstung</u> – Erweiterung Chinas im Südpazifik
		weniger gefährlich	gefährlich	sehr gefährlich
LANGFRISTIG				

Europa und das transatlantische Verhältnis ergeben können.

Dass sich die USA zunehmend von Europa abwenden, war für die Mitglieder und Young Leaders-Alumni der Atlantik-Brücke schon seit Beginn unseres Surveys klar. Für eine deutliche Mehrheit (68% 2016) war diese Abwendung die Kehrseite einer stärkeren Orientierung der USA in Richtung Asien. Zum Teil hatte das mit der Politik Barack Obamas zu tun („Pivot to Asia“), vor allem aber auch mit den wirtschaftlichen Realitäten: Das Handelsvolumen der USA mit Asien beträgt schon heute fast das Doppelte des transatlantischen Handels.

Doch mit Donald Trump ist nun eine Führungsfigur im Amt, die nicht nur die Prioritäten neu justieren will. Als erster amerikanischer Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg stellt Trump die internationale Ordnung grundsätzlich in Frage – einschließlich des von Amerika maßgeblich mitgeschaffenen Geflechts an multilateralen Institutionen und Abkommen, das zu den Eckpfeilern deutscher Politik gehört. Auch deshalb gehören die USA 2017 zum ersten Mal seit dem Start unserer geopolitischen Landkarten zu den größten außen- und sicherheitspolitischen Risiken, die uns kurz- und mittelfristig herausfordern werden. Denn dass Donald Trump sich noch zu einem „normalen“ Präsidenten im Umgang mit Europa entwickeln könnte, sehen die Befragten nicht: Nur 31% setzen darauf, dass Trump die Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses noch erkennen wird. Und mit 59% geht eine Mehrheit davon aus, dass sich die außenpolitische Agenda der USA unter Donald Trump verändern wird – sehr wahrscheinlich nicht zu Gunsten Europas.

In der Außenpolitik werden die USA auch deswegen unberechenbarer, weil Donald Trump im Gegensatz zu den meisten Präsidenten vor ihm keine klare außenpolitische Doktrin erkennen lässt – 75% unserer Teilnehmer sehen das so. Trotzdem werden sich die USA nicht komplett zu einer konfrontativen Interessens- und Machtpolitik hinwenden, wie die Aussagen Trumps bisher vermuten lassen – nur 31% unseres Panels geht davon aus, dass sich die USA nicht für internationale humanistische Ziele einsetzen. Auch die amerikanischen Verpflichtungen innerhalb der NATO

werden aus Sicht unseres Panels nicht aufgekündigt; die Mehrheit geht davon aus, dass die USA ein stabiler NATO-Partner bleiben werden. Für 45% ist Trumps aggressive Haltung gegenüber den europäischen Bündnispartnern sogar Taktik gewesen, um die schon von anderen Präsidenten geforderten höheren Militärbeiträge zu erzwingen.

Neben Amerikas Unberechenbarkeit in der Außenpolitik sehen unsere Teilnehmer die größten Gefahren in Trumps wiederholter Ankündigung, den Freihandel einzuschränken:

- 84% sehen in Handelskriegen als Konsequenz einer protektionistischen Politik eine große, sehr reale Gefahr.
- 93% gehen davon aus, dass Protektionismus gravierende negative Folgen für das globale Wirtschaftswachstum haben wird.

Diese Risikoeinschätzung ist aus deutscher Sicht als langjähriger „Exportweltmeister“ keine Überraschung, bringt Deutschland aber möglicherweise in eine Interessenskollision mit anderen europäischen Partnern wie Frankreich, wo protektionistische Politik bis weit in die Verwaltungs- und Wirtschaftseliten hinein deutlich mehr Zustimmung findet.

Über die Chancen Donald Trumps, mit seiner Politik Erfolg zu haben, sind sich unsere Teilnehmer sehr einig. Sie erwarten mit großer Mehrheit, dass Trump innenpolitisch, außenpolitisch und wirtschaftspolitisch scheitern wird:

- 83% gehen davon aus, dass die Innenpolitik Trumps für die USA nicht erfolgreich sein und die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft fortschreiten wird.
- 77% sagen, dass Trumps Außenpolitik für die USA keine Vorteile bringen wird.
- 68% glauben, dass Trumps Wirtschaftspolitik perspektivisch keine positiven Impulse für die USA zeigen wird.

Doch in Trumps erwartetem Scheitern liegt auch eine Chance für die transatlantischen Beziehungen: Die überwiegende Mehrheit unseres Panels geht davon aus,

dass sich in den wichtigen Bereichen die Kontinuitäten in der US-Politik früher oder später durchsetzen werden.

AMERICA FIRST: WER PROFITIERT VOM RÜCKZUG DER USA?

Sollten sich die USA tatsächlich mittelfristig außenpolitisch zurückziehen und nicht länger als globale Ordnungsmacht auftreten, werden aus Sicht des Panels autoritäre, revisionistische Staaten die größten Gewinner sein:

- 97% gehen davon aus, dass vor allem China profitiert.
- 94% sehen Vorteile bei Russland.

Dass andere Regionalmächte wie Indien, Brasilien oder Saudi-Arabien Vorteile erzielen könnten, glauben nur 19% unseres Panels. Allerdings gilt auch: Dass Europa von einem Rückzug der USA profitieren könnte, sehen nur 30% – ein klares Indiz für die politische Schwäche, die das Panel für Europa ausmacht.

Russland profitiert aus der Sicht unseres Panels so stark, weil Moskau ohne das amerikanische Engagement auf dem Kontinent eine freiere Hand haben wird, seinen Einflussbereich weiter auszudehnen. China profitiert nicht nur wegen seiner Ambitionen, das Kräfteverhältnis in Asien zu verschieben, sondern auch psychologisch: In manchen politischen und wirtschaftlichen Kreisen gibt es inzwischen eine gefühlte Nähe zu China, die auf der Hoffnung beruht, dass sich Peking in Zukunft stärker für die internationale Stabilität und Wirtschaftsordnung einsetzt – und somit die Globalisierung und freien Handel absichert.

Doch nicht zuletzt von den deutschen Unternehmen vor Ort wissen wir, dass „China first“ seit langem Realität ist, während die USA bislang nur darüber diskutieren. Hinzu kommt, dass die USA auch die wichtigste Stütze globaler multilateraler Institutionen wie UN, IWF oder WTO sind. China oder Russland werden diese Funktion nicht ersetzen können und werden über eine punktuelle Zusammenarbeit hinaus keine alternativen Partner für Deutschland sein.

EUROPAS ANWORT: WIE GEHEN WIR MIT TRUMPS AMERIKA UM?

Auch wenn jetzt einige fordern, Deutschland und Europa müssen sich außen- und sicherheitspolitisch von den USA abkoppeln, eine äquidistante Position zwischen Amerika und Russland einnehmen oder gar den Schulterschluss mit Russland und China suchen, lehnt unser Panel diese Vorstellungen nahezu einhellig ab:

- Für 91% hat die Pflege guter transatlantischer Beziehungen oberste Priorität – als Schlüssel zur Krisenbewältigung, aber auch für die Zeit nach Trump.
- Für 90% soll die EU auf eine intensive diplomatische Zusammenarbeit hinwirken – nicht nur mit Donald Trump, sondern mit allen amerikanischen Akteuren.
- Für 85% ist auf deutscher und europäischer Seite auch Gelassenheit gefordert, weil sich Trump nur schwer gegen seinen Stab und gegen den Kongress durchsetzen könne.

Die Vorstellungen unseres Panels liegen damit ganz auf der Linie von Peter Wittig, deutscher Botschafter in den USA, der bei Veranstaltungen der Atlantik-Brücke und auch in einem Kommentar im Handelsblatt vom 24. Oktober 2017 darauf hingewiesen hat, wie unverzichtbar die USA in vielen Feldern für Deutschland und Europa sind und dass schon deswegen – gerade jetzt – in die transatlantischen Beziehungen investiert werden muss.

94% der Teilnehmer fordern, dass Europa die Verteidigung stärken muss.

Dass die Vorschläge unseres Panels, wie Europa auf Donald Trump konkret reagieren soll, eine starke sicherheitspolitische Komponente haben, ist nicht weiter verwunderlich. Denn gerade hier haben Europa und besonders auch Deutschland erhebliche Schwachstellen, die im grellen Licht der Ära Trump umso bedeutender erscheinen:

- 94% fordern, dass Europa die gemeinsame Verteidigung stärken muss, da die Bedrohungen in

unserer unmittelbaren Nachbarschaft stark zugenommen haben, wie auch unsere Landkarte der geopolitischen Hotspots zeigt.

- 71% sagen, dass eine schnelle Erfüllung des schon 2006 vereinbarten 2%-Zieles der Nato im ausdrücklichen Interesse Europas liegt.
- 62% sind sogar der Meinung, dass Europa (schnell) eine gemeinsame Armee aufbauen soll (nur 23% wollen das nicht so schnell oder gar nicht).
- 85% halten es für sehr wichtig, dass die europäische Rolle in der UNO gestärkt wird, um so ein Gegengewicht zu den USA aufzubauen.
- 83% schlagen vor, dass Europa (vorbeugend) stärker auf Handelsbeziehungen zu Asien setzt, um Alternativen aufzubauen (und um politische Hebel zu gewinnen).
- 63% meinen, dass Europa – trotz der massiven Ablehnung durch Donald Trump – weiter auf die Umsetzung des transatlantischen Handelsabkommens TTIP hinwirken sollte.

Bemerkenswert ist, dass bei allem Bestreben, die Wirtschafts- und Handelsaktivitäten Deutschlands und Europas breiter zu diversifizieren und unabhängiger von den USA zu machen, Russland keine Rolle spielt: Nur 25% unseres Panels vertritt die Auffassung, dass die Sanktionen gegenüber Russland beendet werden sollten.

BAUSTELLE EUROPA: HOHE ANFORDERUNGEN UND HOHE ERWARTUNGEN

Dass die Anforderungen an Europa massiv steigen, hat schon der vorangegangene Abschnitt gezeigt. Gelingt der Umgang damit? Europas Krisen beschäftigen unser Panel schon seit den ersten geopolitischen Landkarten – mit zunehmend bedrückenden Ergebnissen: Schon im letzten Jahr waren 57% der Teilnehmer der Meinung, dass Europas geopolitischer Einfluss weiter abnehmen wird; 44% gingen davon aus, dass es der EU nicht gelingen wird, den Integrationsprozess bei der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik weiter voranzutreiben.

Seitdem hat sich das Bild noch einmal verdunkelt. Neben dem Brexit, der Flüchtlingskrise und der neuen

US-Politik sehen unsere Panel-Teilnehmer zusätzliche Gefahrenherde, die Europa direkt betreffen: Der immer virulentere Nationalismus und Populismus, der zugespitzte Konflikt mit der Türkei, die mittelfristige Gefahr einer Destabilisierung und Spaltung der EU. Entsprechend deutlich fällt das Urteil des Panels über die Zukunftsfähigkeit der EU aus:

- Nur 52% der Teilnehmer halten Europa für stark genug, nationalen Egoismen und Rechtspopulismus einzelner Mitgliedstaaten wirksam entgegenzutreten zu können.
- Nur 31% halten die EU-Kommission für stark genug, um Europa wieder nach vorne zu bringen.

Zu diesen Ergebnissen passt, wie oben schon erwähnt, dass nur 30% unseres Panels glaubt, dass Europa von einem möglichen Rückzug der USA profitieren könnte; deutlicher lässt sich die Kritik an der aktuellen Verfasstheit der EU kaum artikulieren.

Andererseits – und das ist vielleicht das optimistischste Ergebnis unserer Umfrage: 85% unserer Teilnehmer sehen in Herausforderungen wie dem „Brexit“ oder der US-Politik eine große Chance für Europas Erneuerung. Für 73% ist das europäische Projekt noch nicht gescheitert – wenn es gelingt, zu einem selbstbewussten, geschlossenen Umgang mit den europäischen Herausforderungen zu kommen. Oder kurz: Wenn ein Neustart auf europäischer Ebene konsequent angegangen wird.

86% halten ein hohes Wirtschaftswachstum für wichtig, um Europa zu stärken.

Die Ansätze dafür liegen für die Teilnehmer auf der Hand; mit großem Abstand sind es vor allem drei Prioritäten, die das Panel setzt:

- 91% unseres Panels sehen in der Intensivierung und Integration der europäischen Verteidigungspolitik den entscheidenden Hebel (62% fordern, wie wir oben gesehen haben, sogar eine europäische Armee).
- 86% halten vor allem ein hohes Wirtschaftswachstum (und eine entsprechende europäische Wirt-

schaftspolitik) für wichtig, um Europa insgesamt zu stärken und weiter zusammenzuführen.

- 81% wollen die außenpolitische Kompetenz der EU gestärkt sehen, um über eine schlagkräftige europäische Außenpolitik den europäischen Einfluss und das europäische Gewicht auszubauen.

Diesem Mehr an Integration und Kompetenzen für Brüssel im Außenverhältnis steht dabei der Wunsch nach klaren Sanktionen im Innenverhältnis gegenüber. Fast 80% unserer Panelteilnehmer befürworten Strafen für EU-Mitgliedsstaaten, die das europäische Wertefundament infrage stellen und gemeinsame Beschlüsse missachten. Eine dieser Sanktionen könnte ein temporärer Austritt aus der Gemeinschaft sein, wie ihn 63% der Teilnehmer gutheißen. 72% unserer Teilnehmer gehen ohnehin davon aus, dass sich die weitere Einigung Europas in unterschiedlichen Geschwindigkeiten vollziehen wird.

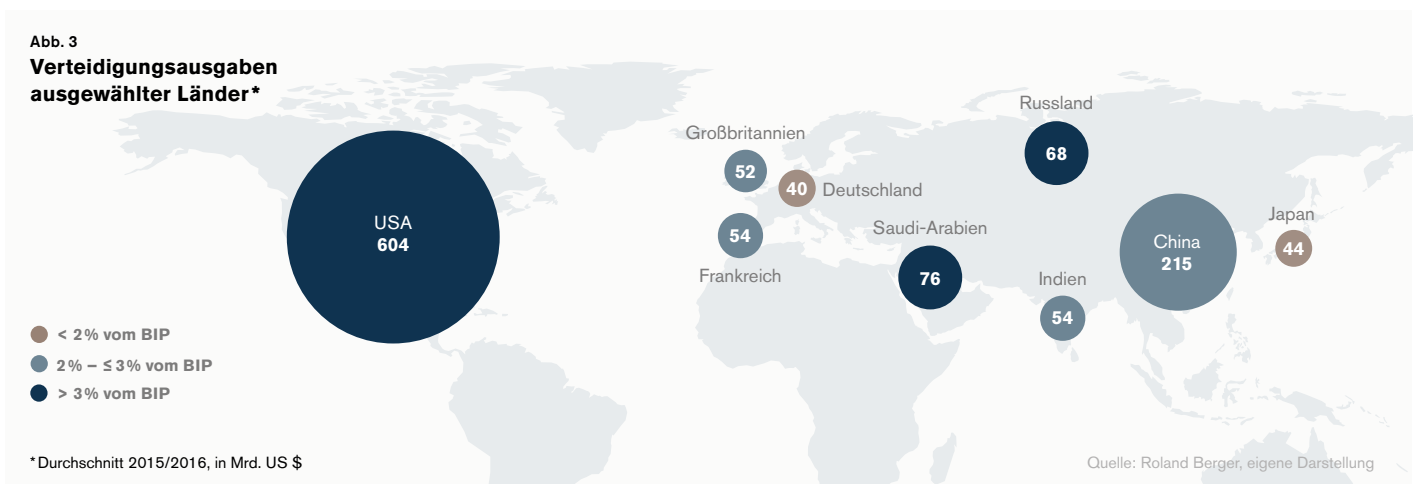
Dabei ist allen Beteiligten klar, dass die Umsetzung dieser Prioritäten und Maßnahmen eine erhebliche Herausforderung darstellt. Auch wenn das Wirtschaftswachstum nun auch außerhalb Deutschlands in den anderen europäischen Staaten anzieht – es ist noch ein weiter Weg, vor allem die unerträglich hohe Jugendarbeitslosigkeit in Spanien, Portugal oder Italien nachhaltig zu reduzieren, um so die Vorteile Europas für alle sichtbar zu machen.

Genauso groß sind die Herausforderungen auf der verteidigungspolitischen Seite. Auch wenn unser Panel mit großer Mehrheit eine Stärkung der (militärischen)

Verteidigung fordert – auch hier müssen alte Strukturen aufgebrochen und moderne Prozesse eingeführt werden. Abbildung 3 zeigt, wie ungleich die Verteidigungsausgaben über wichtige Länder verteilt sind – und wie weit wir noch von einem 2%-Ziel entfernt sind. Nach einer Analyse des Handelsblatts (25. September 2017) müssten allein in Deutschland 10-12 Milliarden Euro zusätzlich budgetiert werden, um nur bestehende Lücken bei Material und Personal zu schließen. Und selbst damit läge Deutschland erst bei etwa 1,5% vom BIP.

Selbstverständlich geht es dabei nicht nur um eine reine „Output-Logik“; mindestens genauso wichtig wie Budgeterhöhungen ist eine signifikante Verbesserung von Effizienz und Effektivität. Wolfgang Ischinger kommt mit der Münchener Sicherheitskonferenz zu dem Ergebnis, dass 30% der Rüstungsausgaben in Europa durch eine bessere Kooperation und gemeinsame Beschaffung eingespart werden könnten – ein wichtiger Schritt, um Haushaltskonflikte zu vermeiden oder zumindest zu entschärfen. „Europa unterhält 178 große Waffensysteme – ein unerklärbarer Luxus,“ erläutert Ischinger im [Interview mit der Atlantik-Brücke](#) (Link).

Hinzu kommt, dass die europäische Verteidigungsindustrie im Weltmaßstab zersplittert und fragmentiert ist: Nur drei der größten zehn Rüstungskonzerne der Welt haben ihren Sitz in Europa (BAE-Systems, Airbus, Finmeccanica); die größten deutschen Verteidigungsunternehmen Rheinmetall, ThyssenKrupp und KMW folgen erst auf den Plätzen 30, 46 und 85.



DER UMGANG MIT UNGEWISSHEIT

Bereits in unseren letzten Umfragen konnten wir feststellen, dass die Welt ungewisser, undurchschaubarer und vieldeutiger wird. Trends sind nicht mehr stabil, Zusammenhänge sind nicht mehr eindeutig, Aggressoren nicht immer gleich erkennbar. Weder der Ukraine-Konflikt noch die Flüchtlingskrise, weder der Brexit noch der Wahlausgang in den USA, weder die Zuspitzung in Nordkorea noch die Eskalation zwischen Saudi Arabien und Katar waren seriös vorhersehbar – und fordern uns politisch wie strategisch massiv heraus.

Das damit verbundene Gefühl einer ständig abnehmenden Beherrschbarkeit hat den Eindruck einer ungewissen Welt weiter verstärkt. Deshalb überrascht es auch nicht, dass das Bewusstsein für „Ungewissheit“ seit der letzten Umfrage noch einmal deutlich gestiegen ist; fast alle Teilnehmer haben sich mit dem Phänomen auseinandergesetzt und unsere Fragen beantwortet.

84% des Panels sehen die Notwendigkeit, unser außenpolitisches Instrumentarium neu zu orientieren.

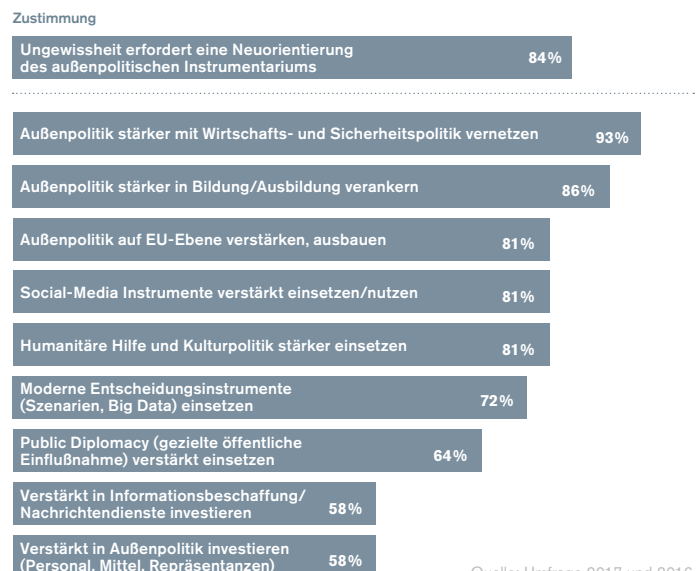
Ganz klar sehen wir in der Auswertung eine stärkere Sensibilisierung dafür, dass das bisherige diplomatische Instrumentarium zur Bewältigung von Gefahren und Krisen nicht mehr ausreicht. Denn wenn wir weder die Richtung noch die Geschwindigkeit von (geopolitischen) Ereignissen verlässlich vorhersehen können, ist nicht nur ein neues Verständnis dieser (Ungewissheits-) Herausforderung erforderlich, sondern auch neue Lösungen und Prozesse. Jedenfalls sehen 84% unserer Teilnehmer die Notwendigkeit einer Neuorientierung des außenpolitischen Instrumentariums.

Auch wenn noch nicht klar ist, wie genau diese Neuorientierung konkret aussehen soll, zeichnen sich doch einige Eckpunkte ab:

- 93% der Panel-Teilnehmer teilen die Auffassung, dass Außenpolitik stärker als bisher „vernetzt“ gedacht werden muss, vor allem mit der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik; 2016 waren erst 75% dieser Meinung.
- 86% unserer Teilnehmer stimmen zu, dass Außenpolitik in Bildung und Ausbildung eine stärkere Rolle spielen sollte (2016 sahen das nur 37% so); ganz offensichtlich steigt das Bewusstsein dafür, dass Deutschland sehr viel sehr schnell aufzuholen hat – auch gegenüber Ländern, in denen außenpolitische Diskursfähigkeit ausgeprägter ist.
- 81% unserer Teilnehmer stimmen zu, dass Social Media auch für außenpolitische Zwecke stärker genutzt werden sollen, einhergehend mit der mehrheitlichen Auffassung (72%), das gezielte öffentliche Einflussnahme („Public Diplomacy“) wichtiger wird.
- 81% halten es für notwendig, dass humanitäre Hilfe wie auch Kultur- und Bildungspolitik immer wichtigere Instrumente der außenpolitischen „Toolbox“ werden.

Klar ist damit, dass Ungewissheit ein Überdenken des klassischen diplomatischen Instrumentariums erfordert. Das liegt ganz auf der Linie des Interviews, das wir im Rahmen unserer letztjährigen Umfrage mit Thomas Bagger, damals Planungschef im Auswärtigen Amt, geführt haben (vgl. Eine Ungewisse Welt, Atlantik-Brücke Argumente, 2016): Außen- und Sicherheitspolitik muss vernetzt angelegt werden, es geht um das Denken in Szenarien und um einen Brückenschlag zwischen geopolitischem, volkswirtschaftlichem und gesellschaftspolischem Denken. Abbildung 4 fasst die Vorschläge unseres Panels noch einmal zusammen.

Abb. 4
Gute Diplomatie als Antwort auf Ungewissheit: Die Instrumente



KONSEQUENZEN FÜR DIE TRANS-ATLANTISCHE AGENDA

Die geopolitischen Landkarten zeigen überdeutlich, wie komplex die Herausforderungen für Europa und Deutschland sind: Die Ungewissheit, mit der wir konfrontiert sind, die stark steigende Anzahl geopolitischer Risiken, die schwer einschätzbare Politik der USA und damit auch die Frage nach der Entwicklung der transatlantischen Beziehungen.

Wie wichtig diese sind, hat schon das aktuelle Krisenportfolio gezeigt: 12 der 17 größten Gefahrenherde erfordern aus Sicht unseres Panels ein transatlantisches Vorgehen. Allerdings stimmt auch, dass sich die Rolle Europas und Deutschlands aus der Perspektive der USA verändert hat; der „Pacific Pivot“ und das Erstarken asiatischer Wirtschaftspartner haben die praktische Bedeutung Deutschlands und Europas für die USA relativiert – und der Fokus auf „America First“ rückt die transatlantischen Beziehungen zusätzlich in ein verändertes Koordinatensystem.

12 der 17 größten Gefahrenherde erfordern aus Sicht unseres Panels ein transatlantisches Vorgehen.

Hinzu kommt, dass uns ein „Trump-Bashing“, wie es derzeit viele Meinungsmacher betreiben, nicht weiterbringt. Die ständige Suche nach vermeintlichen Fehlern und unerfüllten Wahlversprechen wird auf amerikanischer Seite die Freundschaft nicht vertiefen – und hier führt sie zu einer antiamerikanischen Haltung, die auch nicht hilfreich ist. Aus unserer Sicht ist deswegen eine nüchterne Analyse der deutschen bzw. europäischen Interessen notwendig, um auf dieser Basis die strategischen Grundlagen für die Gestaltung der transatlantischen Beziehungen der Zukunft zu schaffen. Aus den Antworten und Einschätzungen des Panels sehen wir dafür vor allem drei wichtige Ansatzpunkte:

Für die Freundschaft werben

2017 begann mit der Rede Theresa Mays für einen „harten“ Brexit und der Ankündigung Donald Trumps,

„America First“ zum Leitbild seiner Politik zu machen. Gleichzeitig erwarb sich der chinesische Ministerpräsident Xi Jinping in Davos hohe Aufmerksamkeit für seine Verteidigung von freiem Welthandel und Globalisierung. Drei Reden in nur einer Woche, die dafür sorgten, dass die Zukunft der transatlantischen Beziehungen für viele Beobachter in Frage gestellt war und gleichzeitig neue Allianzen naheliegend wurden.

Doch diese Ereignisse sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass Deutschland keine realistische Alternative zu starken Beziehungen zu den USA hat. Ob mit einem Präsidenten Trump oder einem möglichen Nachfolger: Es ist keine andere Partnerschaft denkbar, die auf einer so starken und historisch gewachsenen Basis gemeinsamer Werte und Ideale aufbaut. Auch wenn viele Vorgänge in den USA die Menschen in Europa besorgen – so wie viele Probleme in Europa aus US-Perspektive nicht nachvollziehbar sind –, lässt sich nicht ernsthaft argumentieren, dass eines der autoritären Regimes grundsätzlich kompatibel wären mit unserem Weltbild und unserer Vorstellung von Selbstbestimmung und Demokratie.

Richtig ist aber auch: Gemeinsame Werte, gemeinsame Sicherheit, gemeinsame Interessen – diese Eckpfeiler der transatlantischen Beziehungen müssen wieder mit Leben gefüllt und auch gegenüber einer zunehmend indifferenten Öffentlichkeit in den USA und auch in Deutschland neu erklärt werden. Mit anderen Worten: Wir müssen in Amerika wie auch bei uns für die transatlantische Freundschaft werben!

So kann etwa das für 2018 und 2019 geplante „Deutschlandjahr USA“ – ein Kooperationsprojekt des Auswärtigen Amtes, des BDI und des Goethe-Instituts – dazu beitragen, die Vorteils-Übertragung der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit deutlich zu machen. Dabei wird es auch darum gehen, dieses Thema aus dem mitunter formalisierten Dialog zwischen den ökonomischen und politischen Eliten herauszuholen und in die Regionen der USA zu tragen. Durch lokale Veranstaltungen mit Unternehmen vor Ort, durch Roadshows in Schulen, durch Diskussionen an und mit Universitäten. Das Fundament dafür ist gelegt: Mehr als 3.000 deutsche Unternehmen sind in den USA aktiv und beschäftigen mehr als 700.000 Amerikaner.

Die Freundschaft ausbauen

Auf keinen Fall sollten wir den Fehler begehen, die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf das Verhältnis zum aktuellen US-Präsidenten zu reduzieren. Persönliche und institutionelle Kontakte zur Politik und Administration der USA sind nach wie vor belastbar; es gibt auch starke Signale, die Gemeinsamkeiten zu stärken, etwa durch die Vorbereitung eines neuen Handelsabkommens oder durch die Zusammenarbeit in der NATO. In den Worten von John Boehner, Republikaner und ehemaliger Sprecher des US-Repräsentantenhauses: „Rückzug ist keine Option, wir müssen uns engagieren und die persönlichen und inhaltlichen Gemeinsamkeiten zwischen den USA und Deutschland auf allen Ebenen stärken“.

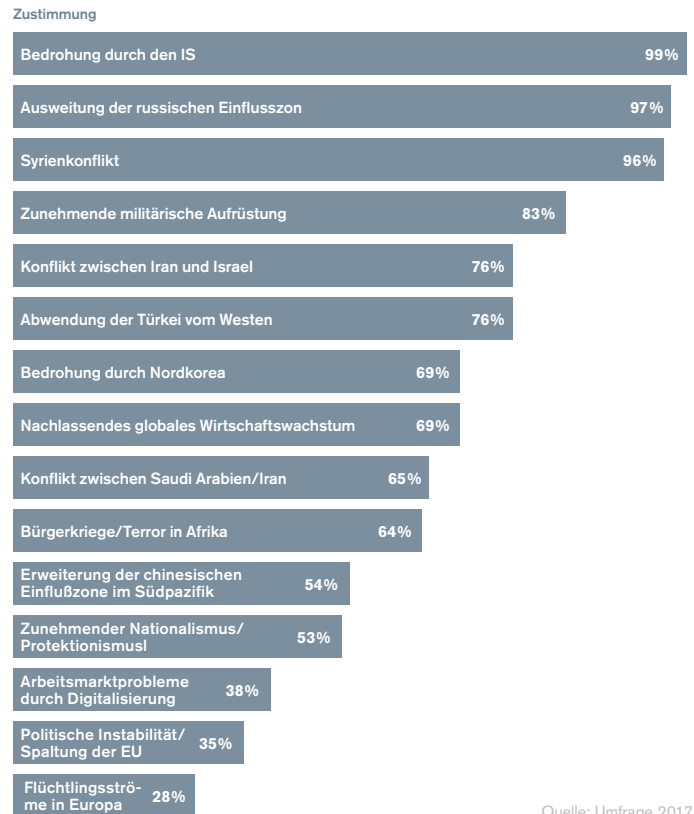
Diese Stimmung trifft auf die Notwendigkeit, Krisen durch ein abgestimmtes transatlantisches Vorgehen zu lösen oder zu entschärfen. Abbildung 5 zeigt die aus Sicht unseres Panels wichtigsten Konfliktherde, die ein transatlantisches Vorgehen erfordern. Klar ist damit, dass alle als kurzfristig sehr gefährlich eingestuft Konflikte eine abgestimmte transatlantische Politik erfordern, wenn es beispielsweise um den gemeinsamen Kampf gegen den IS geht, um die Nordkorea-Krise oder die Lösung des Syrienkonfliktes.

Der Primat transatlantischer Kooperation gilt aber auch für mittelfristig kritische Themen wie eine abgestimmte Vorgehensweise gegenüber der Türkei oder eine abgestimmte Politik gegenüber Russland und in Arabien (Saudi-Arabien, Iran). Und er gilt für grundsätzliche Herausforderungen wie etwa gemeinsame Anstrengungen zur Stabilisierung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums – auch vor dem Hintergrund der amerikanischen Handelspolitik.

Europa stärken

Die wahrscheinlich wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Stärkung des transatlantischen Verhältnisses ist ein starkes, selbstbewusstes Europa. Jedenfalls zeigt auch die Auseinandersetzung mit und um die transatlantische Kooperation eines ganz deutlich (vgl. Seite 3): Es gibt eine Reihe von Krisen, die Deutschland und Europa selbst lösen muss. Dazu ge-

Abb. 5
Wo transatlantische Zusammenarbeit erforderlich ist



hört vor allem auch die Verhinderung eines Zerfalls der EU oder, wie wir oben gesehen haben, die Lösung der EU-Führungskrise.

Welche Maßnahmen aus Sicht unseres Panels dazu notwendig sind und wo die Prioritäten zu setzen wären, haben wir bereits diskutiert. Hinzu kommen die Themen, die schon seit langem auf der europäischen Agenda stehen: Die Stärkung von Industrie und Mittelstand, die Schaffung eines einheitlichen digitalen Binnenmarktes, ein einheitlicher Energiebinnenmarkt, der Abbau von Bürokratie, eine bessere und bürgernahe Kommunikation der Europäischen Kommission, um bei den Menschen eine echte Begeisterung für Europa zu erzeugen.

Der französische Präsident Macron geht in seiner viel beachteten „Sorbonne-Rede“ vom September 2017 noch weiter: Neben seiner Forderung, dass vor allem die großen Länder Europas bei einer stärkeren Zusammenarbeit innerhalb Europas vorangehen und ein Zeichen

setzen müssen, schlägt er eine Reduktion der Anzahl der Kommissare vor, um die Führung der EU zu verbessern. Zudem plädiert er für eine „transnationale Liste“ für das Europäische Parlament, für die die durch den Austritt Großbritanniens freiwerdenden Sitze genutzt werden könnten.

Die wahrscheinlich wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Stärkung des transatlantischen Verhältnisses ist ein starkes, selbstbewusstes Europa.

Jedenfalls scheint perspektivisch auch die Bereitschaft vieler Deutscher, Kompetenzen an die EU abzugeben, um damit die Einheit der Union zu stärken, größer zu werden. Das bestätigt auch unsere Umfrage. Die verstärkte Zusammenarbeit Europas bei der Koordination der Verteidigungsanstrengungen und die überraschend reibungslose Aufgabe einst hoch emotional besetzter nationaler Verantwortungen wie etwa der gegenseitigen Unterstellung von Truppen ist ein Zeichen dafür, dass eine stärkere Integration möglich ist. Voraussetzung für die Akzeptanz von mehr Kohäsion ist allerdings, dass die Grundwerte der Europäischen Union ernst genommen und nationale Alleingänge sanktioniert und unterbunden werden.

DIE AUTOREN

Professor Dr. Burkhard Schwenker

ist stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke und leitet die Arbeitsgruppe Außen- und Sicherheitspolitik. Er war langjähriger CEO und Chairman der Roland Berger GmbH und ist heute Chairman of the Advisory Council der Beratung.

Professor Dr. Torsten Oltmanns

ist Leiter der Projektgruppe Sicherheit und Verteidigung der Atlantik-Brücke. Als Partner der Roland Berger GmbH verantwortet er die weltweit tätige Practice Group „Executive Communications“ und koordiniert als Chairman Global Marketing sämtliche Marketing- und Kommunikationsaktivitäten der Beratung.

IMPRESSUM

Herausgeber

Atlantik-Brücke e.V.
Am Kupfergraben 7
10117 Berlin

Geschäftsführender Vorstand

Friedrich Merz (Vorsitzender)
Dr. h.c. Edelgard Bulmahn, Dr. David M. Deißner
(Geschäftsführer), Prof. Dr. Andreas R. Dombret,
Prof. Dr. Burkhard Schwenker

Erscheinungsdatum

Dezember 2017